Die Krise Europas.

Von Jan Eyssen.

(Vossische Zeitung.)

Wer die kontinentale Gemeinbürgschaft mit einer überlegenen Geste glaubt erledigen zu können, für den ist die Politik noch immer eine Ideologie, nicht eine Beschäftigung mit den realen Interessen der Menschen und Völker. Der Krieg hat Europa nicht nur eine Schuldenlast von über tausend Milliarden Mark aufgebürdet, er hat auch die Wirtschaft des Erdteils in einem Maße umgepflügt und distanziert, daß das die ökonomische Entwicklung auf Jahrzehnte, wenn nicht dauernd, beeinflußt. Nur die Tatsachen, daß Ost- und Mitteleuropa unter revolutionären Krisen erbeben, daß das neue Staatengefüge im Osten und an der Donau erst soziologische Formen gewinnen muß, läßt die Umrisse der europäischen Probleme noch nicht scharf genug hervortreten, um ihre Bedeutung zu erkennen. Die Ernährung Europas ist auf absehbare Zeit von überseeischen Zufuhren abhängig, weil die agrarische Produktion des Ostens für eben diese Zeit vollständig ausfällt. Das führt zu einer Verschiebung der Außenhandelsbasis für alle europäischen Staaten, da sie künftig von den Getreideproduktionsländern einseitig abhängig werden, ohne durch den Absatz von Industrieprodukten in den Getreidestaaten einen Ausgleich zu finden. Denn die Staaten, die für die agrarische Versorgung Europas in Betracht kommen, Kanada und Australien vor allen Dingen, verfügen über die materiellen Voraussetzungen der industriellen Eigenproduktion. Soweit sie bisher unter Menschenmangel litten, haben sie nunmehr mit einer hochwertigen Einwanderung zu rechnen, weil Europa selbst nach dem Aderlaß dieses Krieges, zumal angesichts seiner industriellen Struktur, unter Ueberbevölkerung leidet. Diese Struktur kann nicht einfach durch den Entschluß zur Rückbildung in Agrarstaaten umgestaltet werden. Sie ist nicht nur bedingt durch das Vorkommen industrieller Rohstoffe, sondern auch durch die soziologische Anlage. Es ist kein Zufall, noch weniger die Duplizität der Ereignisse, daß vor dem Kriege die Staaten Europas zur industriellen Entwicklung drängten. Mit einer Ausnahme: Frankreich. Seine soziale Geographie ist auffällig starr geblieben, denn während die eigentlichen Industriestaaten Europas ein Wachstum ihrer industriellen Intensität erlebten, änderte sich die Berufsschichtung Frankreichs in den entscheidenden Jahrhunderten so gut wie gar nicht. Nun hätte die ökonomische Schulterbreite Frankreichs eine starke Industrie an sich tragen können, da es, wenn nicht über genügend Kohlen, so doch über Eisenerze verfügte, damit über die wichtigste Voraussetzung des Standortes moderner Industrien. Nun zeigt die Analyse des Wachstums der französischen Bevölkerung seit 1880 eine rückläufige Bewegung, die es Frankreich an sich unmöglich macht, der großindustriellen Ausdehnung die unentbehrlichen Menschenmengen zur Verfügung zu stellen. Will Frankreich dadurch Abhilfe schaffen, daß es seine soziale Geographie ändert, so würde das die Beseitigung der Zwergwirtschaft zur Voraussetzung haben. Beispielsweise gab es nach der Berufszählung von 1906 etwa zwei Millionen Besitzer, deren Höfe 1 bis 10 Hektar umfaßten, gleich 15 Prozent des gesamten Areals. 750,000 besaßen Höfe von 10—55 Hektar, und diesen gehörte die Hälfte des Ackerbodens. Nun hat gerade die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung im Kriege erhebliche Verluste erlitten, was deshalb von wesentlicher Bedeutung ist, da sie eigentlich die ethnische Wachstumsquelle Frankreichs war. Die Entwicklung vom Agrar- zum Industriestaat verlangt also die Umschichtung der landwirtschaftlichen Bevölkerungsverteilung, um durch den Uebergang vom Mittel- und Großgrundbesitz die Kräfte für die eigentliche Industrialisierung frei zu machen. Dieser Prozeß hat tatsächlich im Süden schon begonnen. In dem Maße, wie er fortschreitet, kräftigt er die ökonomische Struktur Frankreichs.

Das erschöpft indessen nicht die Krise Europas. Diese ist vielmehr darin zu sehen, daß es bei Zersplitterung in machtpolitischen Interessensphären sich dauernd selbst schwächt, mit dem Erfolg, daß sich der ökonomische und politische Adel der Erde in die aufkommenden Industriestaaten Uebersees verschiebt. Europa, nicht Deutschland allein, steht vor dem Zwang, die qualitativ wertvollsten Menschen abgeben zu müssen. Dies ist dann unvermeidlich, wenn es mit überlieferten Methoden das Einzelinteresse dem Gesamtinteresse überordnet. Die unausweichliche Folge wird sein, daß die Einwandererstaaten sich politisch und ökonomisch konsolidieren. Wer der europäischen Krise dadurch auszuweichen sucht, daß er auf die Entwicklung neuer Siedlungsflächen innerhalb des Vielvölkerbundes hofft, übersieht, daß neue europäische Kriege, ganz einerlei mit welchen Resultaten, nicht zur Erstarkung, sondern zur weiteren Ermattung Europas führen. Das Gegeneinander der europäischen Staaten verbraucht Energien, die als solche wirksamer fruchtbar gemacht werden können und müssen. Es wird wenig oder gar nicht beachtet, daß die Auswanderung von den europäischen Staaten so gut wie gar nicht kontrolliert oder geleitet zu werden vermag. Die Tatsache, daß die Einfluß- und Interessenzonen aller Erdteile vergeben sind, trifft nicht nur Deutschland, sondern alle europäischen Staaten. Frankreich macht dabei keine Ausnahme, denn seine Kolonien sind Markt-, nicht Siedelungskolonien. Und auf diese kommt es in letzter Linie an. Die Vereinigten Staaten ebenso die englischen Dominions sind durch die wasserdichten Schotten der Einwanderungsgesetze geschützt. Das bedeutet nicht, daß sie überhaupt keinen Zustrom wollen, sondern nur, daß sie die Einwanderer in erwünschte und unerwünschte Elemente klassifizieren. Ohne den Menschenzufluß Europas, der zweifellos machen wird, sofern nicht politische und ökonomische Gegeneinander den Kontinent weiter schwächt, ist die Zukunft der angelsächsischen Imperien problematischer Natur. Vor allem aber braucht England die europäischen Auswanderer, um seinen Dominions die feste Grundlage einer weißen Bevölkerung zu geben. Die angelsächsische Rasse ist nicht schnellwüchsig, also auch nicht fähig, allein die Menschenmassen hervorzubringen, die zur Besiedelung der weißen Dominions erforderlich sind. In diesem Zusammenhang wird die Politik der Angelsachsen verständlich, die farbigen Rassen nicht als gleichberechtigt anzuerkennen. Sollten sich Kanada, vor allem aber Australien entwickeln, so bedürfen sie Arbeiter, die aber nach Lage der Sache nur aus dem fernen Osten hereinströmen können. Die Gleichberechtigung würde ihnen bei ungehemmter Einwanderung in absehbarer Zeit schon ein zahlenmäßiges Uebergewicht sichern, was die Herrschaft der weißen Engländer in Frage stellte. Japans insulare Beengtheit einerseits, sein Bevölkerungswachstum andererseits fordert Siedelungszonen, die klimatisch und geophysisch Shikoku und Kiuschiu gleichwertig sind. Es ist aber klar, daß die Politik, die, jetzt auf Machttatsachen gestützt, den Farbigen die Gleichberechtigung versagt, in zwanzig oder dreißig Jahren nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. An sich wäre dies gleichbedeutend mit dem Zerfall des britischen Imperiums. Damit rechnet auch England, weshalb seine vielgewandte und erfahrene Kolonialpolitik den Ausweg sucht, die Dominions der angelsächsischen Herrschaft dadurch zu sichern, daß sie sie mit europäischen Auswanderern ausfüllt, für deren Mischung und Auffaugung die Methoden der britischen Kolonialpolitik sorgen werden.

Die europäischen Staaten haben für Jahrzehnte mit erhöhten Produktionskosten zu rechnen. Diese werden steigen in dem Maße, als die einzelnen Länder etwa auf veraltete Methoden der Zoll- und Wirtschaftspolitik zurückgreifen. Indessen wäre auch die Ausbildung und Verfeinerung des Handelsvertragssystems an sich kein Ausweg aus unerträglichen Schwierigkeiten. Vielmehr käme in Betracht, die arbeitsteilige Volkswirtschaft zur arbeitsteiligen Festlandswirtschaft auszugestalten. Als vor zwanzig Jahren die ökonomische Entwicklung der Vereinigten Staaten für Europa eine Gefahr zu werden drohte, entstanden automatisch und unabhängig voneinander Pläne zur Gründung von mittel- und westeuropäischen Wirtschaftsbündnissen. Sie sind über akademische Erörterungen nicht hinausgediehen, in der Hauptsache deshalb, weil die Eigenkraft der europäischen Industriestaaten mit der Konkurrenz zunächst fertig wurde, sodann aber auch, weil die Vereinigten Staaten ihre Intensität mehr nach innen kehrten, zudem aber finanziell vielfach von den Geldzentren Europas abhängig waren. Der Krieg hat nun nicht nur die Wirtschaft Europas, vielmehr die der ganzen Erde umgepflügt und Verhältnisse geschaffen, denen mit den bisher üblichen Methoden der regionalbegrenzten Wirtschaftspolitik nicht mehr beizukommen ist. Es sind ja nicht nur die Vereinigten Staaten allein, die zu einer großen Waren- und Güterwerkstatt geworden sind. Auch andere Länder haben von der Ausschaltung der europäischen Konkurrenz erhebliche Vorteile gehabt, so daß sie vielfach Industrien für die eigene Versorgung errichten und entwickeln konnten. Um das verlorene Gebiet wieder zurückzuerobern, dazu reicht die Kraft der einzelnen europäischen Länder nicht mehr aus. Wenn beispielsweise Frankreich seine Erze selbst zu verhütten sucht, so wird nicht annähernd der Erfolg erzielt, als wenn es sich zu einer Arbeitsteilung mit Deutschland entschlösse. In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß englische Politiker und Volkswirte schon während des Krieges die französischen Erze nach der Niederwerfung Deutschlands für die britische Industrie forderten, um dieser wieder jene Ueberlegenheit auf allen Märkten zu verschaffen, die sie im Zeitraum von 1820 bis 1900 unbestritten besaß. Es liegt im Wesen des englischen Imperiums, daß es nicht „saturiert" werden kann, daß es uferlos ist, daß es immer neue Stützen und Sicherungen braucht. Und deshalb kann es nicht zulassen, daß ein anderer Festlandsstaat, also Frankreich, aus sich heraus ökonomische Energien entwickelt, die Englands Anspruch auf die neue industrielle Vorherrschaft beeinträchtigen.

Die arbeitsteilige Volkswirtschaft des Festlandes verlangt nicht nur den Austausch der Rohstoffe, um sie mit dem größten Nutzen zu verarbeiten, sie verlangt ebenso die organische Ausarbeitung des Ueberbaues. Vor allem gilt dies von der Wiederherstellung des Währungswesens, dessen Zerrüttung durch staatlich begrenzte Maßnahmen nicht zu heilen ist. Gewiß wird jeder Staat an sich versuchen, aus der Zettelwirtschaft herauszukommen. Indessen ist die Währung nicht mehr eine innere staatliche Angelegenheit, sondern sie ist eng mit der wirtschaftlichen Geltung im Auslande verbunden. Eine europäische Währungskonferenz müßte in absehbarer Zeit zu einer bedingten Münzunion führen, dies unvermeidlich dann, wenn die europäischen Wirtschaftsstaaten die Notwendigkeit gemeinsamer Entschlüsse und Handlungen, nicht nur zur Wiederaufrichtung, sondern zur Behauptung des ökonomischen Status Europas eingesehen haben sollten. Der Begriff Europa beschränkt sich in diesem Falle nicht auf die Kriegführenden, sondern umfaßt auch die Neutralen, insbesondere aber die Staaten, die zu einer neuen nationalen und soziologischen Gemeinschaft drängen. Die Arbeitsteilung ergibt sich aus den ökonomischen und ethnischen Bedingtheiten, wird also Sache der Erfahrung, nicht der Voraussetzungen sein müssen. Gewiß ist die unmittelbare Gegenwart für diese Methode noch nicht reif. Die Nachwirkungen des Krieges haben in der Gefühlszone Spuren hinterlassen, die für absehbare Zeit verstandesmäßig nicht zu überwinden sind. Wenn einer der Festlandsstaaten glaubt, aus dem Martyrium besser und schneller herauszukommen, wenn er im Gegensatz zum gesamteuropäischen Interesse Anlehnung und Unterstützung bei überseeischen Mächten, etwa den Vereinigten Staaten, sucht, so wird das nur auf Kosten seiner Zukunft geschehen können. Der Verfall Europas, seine Ueberwindung durch neue Wirtschaftsländer in Uebersee, würde dann ein unabwendbares Verhängnis. Nur die Erkenntnis, daß die Krise Europas durch gemeinsame Arbeit unter rationeller Ausnutzung seiner ökonomischen und technischen Energien ekomptiert zu werden vermag, rettet alle Festlandsstaaten, gerade die, die im Rausche des Sieges oder des neuen Werdens vor unbegrenzten Möglichkeiten zu haben glauben.

Die Tragödie der polnischen Juden.

Von Dr. A. Charasch.

(„Neue Züricher Zeitung".)

Die folgenden Zeilen rühren von einem Juden her. Grund genug, damit politische Berufsretuschierer aus dem Lager der unfehlbaren polnischen Preßbureaus diese Ausführungen nicht etwa zu entkräften — zu verdächtigen suchen. Vielleicht tun aber die Antreiber des Schwungrades der etwas abgenutzten polnischen Dementiermaschine gut, sie diesmal nicht in Bewegung zu setzen: Die Vertrauteren unter ihnen wissen, so hoffe ich, daß es nicht gelingen wird, mich nach ihrem Belieben zu einem Feind der polnischen Unabhängigkeit zu stempeln.

Als der antijüdische Boykott in Polen, der als Vergeltung für die abgegebenen jüdischen Stimmen bei der Wahl in die russische Reichsduma des polnischen Sozialisten Jagellow statt des aufgezwungenen Antisemiten Kucharschewski einsetzte und die unwürdigsten Formen annahm, da erwiderte darauf Wladimir Schabotinsky, ein hochbegabter, aber ausgesprochen chauvinistischer Publizist, in einer russischen zionistischen Zeitschrift mit einer prägnanten Artikelserie „Widerstand" überschreiben, in der er den Beweis erbringen wollte, daß die Boykottideologen und -praktiker sich als unfähig erwiesen hätten, sich selbst und andere zu regieren, daß den Polen daher keine Autonomie zu gewähren, vielmehr ein strenger Erzieher, ein „Gouverneur" zu bestellen sei. Ich tat damals Schabotinsky's Ausführungen entgegen; ich bemühte mich, die Fiktion aufzudecken, als ob sich die polnische Politik und öffentliche Meinung in der Partei der Schmach und der Pogromhelden, in der „Nationaldemokratie" des Herrn Roman Dmowski, erschöpfte, und ich bekannte mich mit aller Unzweideutigkeit und Schärfe zur Autonomie Polens, welches, einmal nicht mehr von der „Nationaldemokratie" beherrscht, sondern von der Demokratie tout court regiert, mit der Ehre des Landes und dem Wohl seiner Staatsbürger ohne Unterschied von Nationalität und Konfession es ernster nehmen würde. Ich kann hier davon absehen, ob die in die polnische Demokratie gesetzten Hoffnungen sich erwahrt haben, denn es handelt sich für mich heute, wie damals, als ich mit Schabotinsky den Strauß auszufechten hatte, nicht um eine Frage opportunistischer Alltagspolitik, vielmehr um eine von außerordentlicher prinzipieller Tragweite: die Juden, selbst ein unterdrücktes und gekneschtetes Volk, dürfen und sollen den Gegnern nationaler Rechte und nationaler Autonomie unter keinen Umständen Vorschub leisten!

Dieser Auffassung blieb ich auch im Kriege treu, und machte es mir zur Ehrenpflicht, für die Unabhängigkeit und Wiedervereinigung Polens Zeugnis abzulegen; ich griff, namentlich nach dem Fall Warschaus, die Russifizierungs-, zugleich aber auch die gewalttätige hakatistische Politik Preußens scharf an, und ich warf, in einem Moment, da das deutsche Banner über Warschaus Türmen wehte, die Frage auf, wann endlich die polnische Nationalfahne, die Befreiung von säkulären Leiden verheißend, gehißt werden dürfe . . . Es ist mir damals aus meinem polnischen Lesertreis Lob gezollt und mit Genugtuung angerechnet worden, daß ich in jener Schicksalsstunde Polens vermieden habe, die entscheidende Wendung mit dem polnischen Sündenregister gegenüber den jüdischen Landeskindern zu belasten.

Nun, der Auferstehung Polens droht nichts mehr! Die Trümmer, die der Weltkrieg hinterläßt, sind zu Bausteinen neuer Staaten geworden, und höher, denn alle andern jungen Gebilde ragend, erhebt sich im Osten Europas das polnische Reich, unabhängig, dreieinig, groß und mächtig! Wir begrüßen die Wiedergutmachung eines verbrecherischen Unrechts von seiten der „nations copartageantes, die Renaissance eines großen Volkes mit einer glorreichen Geschichte und erhabenen Ueberlieferungen. Aber die Polen, die während des ganzen Krieges selbst um die Anerkennung ihrer nationalen Sache als einer vor das internationale Forum gehörenden Angelegenheit gerungen haben, können heute, als Sieger, eher noch als Genießer, nicht neuerdings sich inter muros einschließen, bestrebt, dasselbe internationale Urteil um so leichter zu überhören. Jenseits der Landesgrenzen Polens aber sehen seine Freunde mit einem Gefühl tiefer Wehmut und Bangigkeit dem Kommenden entgegen: das Reich, kaum auf die Beine gestellt, legt eine gefährliche Ländergier an den Tag, und strebt in Verblendung die Arme nach fremdem Gut aus — in Litauen, in der Ukraine, in Weißrußland, in der Westukraine, in Böhmen, in Deutschland! Und auf der anderen Seite sollen die auf den Ruinen der einstigen Staatlichkeit neu errichteten Mauern mit jüdischem Blut gekittet werden — wie zu Zeiten des ägyptischen Pharaos! . . .

Gewiß, die polnischen Machthaber können sich, und zwar mit Recht, darauf berufen, daß ihr Land nicht das einzige ist, wo die Wut einer ausgehungerten und verwilderten Masse sich in Strömen jüdischen Blutes austobt; die unermeßliche Tragödie des „ewigen Juden" besteht eben darin, daß er, nachdem er auf dem Altar des Krieges Opfer, die jeder Beschreibung spotten, gebracht hatte, auch heute, da die Aera des Friedens anzubrechen scheint, fast überall der locus minoris resistentiae bleibt, daß er, um Carlyle ein Bild zu entlehnen, groß, stumm, tief begraben liegt. Darum hat auch der Friedensvertrag von Versailles nicht etwa Polen allein, sondern auch andern Staaten die ausdrückliche Verpflichtung auferlegt, die Rechte der nationalen Minderheiten, der jüdischen insbesondere, zu respektieren. Und es ist bezeichnend, daß neben Paderewski, dem Meister des Konzerts, der auch das Mächtekonzert der alten und neuen Welt umzustimmen suchte, das Lager der Unzufriedenen auch Herrn Bratiano zählt, diesen typischen Vertreter der Bojarenherrschaft. Der vor dem Vierertrat gegenüber Art. 93 des Friedensvertrages mit Deutschland genau dieselbe Stellung wie der polnische Landtag eingenommen und sich wegen Mangels an Vertrauen zu den — „kleinen Nationen" bitter beklagt hat. Als ob Herr Bratiano und seine Vorgänger nicht den schlagenden Beweis erbracht hätten, daß das feudale Rumänien, welches, wenn es Vorteil verspricht, sich gerne auch mit dem Nimbus einer „kleinen Nation" umgibt, des Vertrauens nicht würdig war, das Art. 44 des Berliner Vertrages in die Bukarester Regenten gesetzt hatte! Als ob die gewitzigte offizielle Bezeichnung der rumänischen Juden: „Fremde ohne ausländischen Schutz", die die erfinderischen Herren Bojaren zur Patentierung anmelden könnten, rechtlich und sittlich auch nur annähernd heranreichte an die Unterstellung der nationalen Minoritäten unter den Schutz des Völkerbundes! Die Friedenskonferenz traf daher den Nagel auf den Kopf, als sie im Briefe Clemenceaus vom 24. Juni Paderewski aufforderte, das Uebereinkommen zum Schutze der Minderheiten zu unterfertigen und ihn daran erinnerte, daß schon 1878 die Anerkennung der neuen Staaten von der Durchführung gewisser Grundsätze der Zivilisation abhängig gemacht wurde. — Bratianos neuestes Naturalisationsgesetz und auch Paderewskis Ruf nach einer amerikanischen Untersuchung der polnischen Pogrome gegen die Juden, diese Geste der gekränkten Unschuld, kamen zu spät!

Die Untersuchung, mit der Wilson nun Morgenthau, seinen frühern Botschafter in der Türkei betraut hat, wird ein reiches herzzerreißendes Belastungsmaterial vorfinden. Ich kann hier unmöglich darauf eingehen: die „Westminster Gazette" hatte vollauf Recht, als sie in ihrer Besprechung der im Stockholmer Verlag Judaea erschienenen, gut dokumentierten Schrift von B. Chasanowitsch: "Les Pogromes anti-juifs en Galicie et en Pologne" meinte, die inzwischen vorgefallenen Ausschreitungen würden hinreichenden Stoff für — einen zweiten Band bieten! Der polnische Pogromorkan, der ohne ein Ende nehmen zu wollen, wütet und eine jüdische Ansiedlung nach der andern verschlingt, übersteigt auch die höchsten Rekordleistungen der berühmt gewordenen russischen Pogromhorden, die das europäische Gewissen aufs tiefste verletzt und lange Jahre im Banne gehalten haben. Schon indezug auf die Zahl der Opfer an menschlichen Leben, die der Moloch gefordert hat und immer noch fordert, vermögen das Kischenew von Plehwe und das Bjelostok von Stolypin einem Lemberg oder Kielce bei weitem nicht die Wage zu halten. Die Taten der polnischen schwarzen Helden zeichnen sich ferner aus durch ihre Brutalität, gepaart mit jenem polnischen Raffinement, das in der Welt sprichwörtlich geworden ist; so hat die „Times", die ja den Polen nichts weniger denn abhold ist, einen englischen Bericht abgedruckt, demzufolge bei einer öffentlichen Exekution jüdische Männer und Frauen die Prügel noch mit: „Danke, mein Herr" und einem gewissen Tribut in Geld quittieren mußten. Ist ein tieferer moralischer Verfall denkbar, und waren nicht die russischen „Schwarzen Hundert" noch Ritter und Edelmänner? Ein weiterer Zug, den die unaufhaltsame polnische Pogromwelle aufweist, ist, daß ihre Antreiber polnische Legionäre, Soldaten und Offiziere sind, die auszogen, um die Unabhängigkeit Polens zu erkämpfen bezw. zu schützen, gar oft mit direkter Unterstützung der Entente, die beispielsweise in hohem Maße der Armee Haller zu Hilfe kam, welche mit viel Lärm über Deutschland nach dem Osten geworfen, die Ukraine überfiel, ihre Taufe in jüdischem Blute empfing und fortfährt, sich und den polnischen Ruf zu entehren. Und was dieses düstere Bild bedenklich einrahmt, und was ihm den letzten Pinselstrich gibt, ist, daß den auf dem Plan erschienenen sengenden und plündernden Horden, daß der wahren Katastrophe, da die Juden den Leidenskelch bis auf den Bodensatz leeren müssen, daß alledem die Führer der polnischen Nation im besten Falle ganz teilnahmslos gegenüberstehen, gar oft aber sich ihre repräsentativen Geister zu Mitverschworenen der schweren Verbrechen an der Humanität, der Entweihung der Glorie Polens machen. Es ist zum Verzweifeln und bildet die flammendste Anklage, wie Männer, deren Wort auch im Getöse von heute noch etwas wiegt, sich in Schweigen hüllen; den Juden und der Mitwelt ist nur äußerst selten der Trost beschieden, ein polnisches Geständnis, eine feierlich warnende und mahnende polnische Stimme zu vernehmen, die bis jetzt fast ausschließlich aus den Reihen der sozialistischen Demokratie ertönte, und auch von dieser Seite nur sehr spärlich, ungenügend, mehr von Vorbehalten denn von Mannesmut begleitet.

Um die Anklagen zu entkräften, schicken die Polen zunächst ihre Dementiergeschütze ins Treffen; indes, diese haben keine Zugkraft mehr, und, freilich vereinzelt und zaghaft, auch autoritative polnische Stimmen fehlen nicht, welche die furchtbaren Greuel zugeben und verurteilen, so z. B. Babjanski, Andreas Strug, der Warschauer Arbeiterrat, Moraczewski (der frühere Ministerpräsident). Sodann suchen die wirklich Schuldigen nach vermeintlichen Schuldigen, und es ist bereits Schablone geworden, den Juden herbeizuziehen, der bald die Lebenshaltung verteuert, bald Polen an die Deutschen (früher natürlich an die Russen) verrät, bald Bolschewik ist, meistens aber alle drei unehrenhaften Eigenschaften und noch andere mehr verkörpert. Nun, es gibt zweifelsohne unerwünschte Elemente im jüdischen Handelsstand; ob aber die polnischen Vermittler und den polnischen Großgrund- und Bauernbesitz gar keine Schuld trifft, von anderen Faktoren der Teuerung, die mit dem Krieg zusammenhängen, nicht zu sprechen? Daß ferner die Polen, die heute um die Gunst der siegreichen Entente werben, bei jeder Gelegenheit den „deutschen" Teufel an die Wand glauben malen zu sollen, zumindest unvorsichtig handeln, wird jedermann einsehen, der sich erinnern wird an die Politik des Warschauer Regentschaftsrates und der Staatsräte, von Gnaden des kaiserlichen Deutschland und Oesterreich eingesetzt, die gegen die Entente Krieg führten. Ich sehe hier ab von manchen gar pompösen „Extratouren" (Tanz Studnitzki); aber wenn die Polen vermeinen, daß Trumpf ist, wenn man die Doppelzüngigkeit zur Tugend erhebt, im Kriege, während der Ausgang noch ungewiß ist, neben zentralmächtefreundlichen auch ententophile Agenturen unterhält, und sodann ein schwaches Gedächtnis vorzutäuschen sucht, so hat es sich nur insofern erwiesen, als die Alliierten, Polens Retter und Gönner, ihm daraus keinen Strick drehen wollten; den „ewigen Juden" aber sollten die Polen hier ganz außer acht und auch in Ruhe lassen! Was vollends die bequeme Formel: Jude gleich Bolschewik anlangt, so bedienen sich die Polen auch hier einer zeitgemäßen Zielscheibe; aber den Reinwäschern wird es auch bei vollkommenster Taschenspielerkunst nicht gelingen, glauben zu machen, daß die hingeschlachteten Männer, Frauen, Greise und Kinder samt und sonders Lenins Jünger waren. Die Juden nehmen einen ansehnlichen Anteil an der bolschewistischen Bewegung; freilich, von dieser Feststellung bis zur Identifizierung von Judentum und Bolschewismus ist eine weite Distanz! Aus den jüdischen Reihen ist bereits mancher Kämpfer und Rächer wider den Bolschewismus erstanden, den die polnische Politik überhaupt und die polnische Politik gegenüber den Juden erst recht in den von den Legionen besetzter fremden Gebieten mächtig schürt und großzieht.

Das Mißtrauen der Welt wird unter diesen Umständen auch von der polnischen Rechtfertigung hervorgerufen, es handle sich bei den anti-jüdischen Pogromen um Ausbrüche des Volkszornes, um bedauerliche Exzesse eines jeder Disziplin baren Mobs. Wenn es nun auch wahr ist, daß die Massen, die in der Schule des Krieges und des auf ihn folgenden Bolschewismus erzogen wurden, sich äußerst schwer meistern lassen, so ist es nicht minder wahr, daß die giftige Saat im polnischen Treibhaus des Judenhasses und der Judenhetze noch eher reift, noch furchtbarer aufgeht. Hier wird also das „Kausalverhältnis" gar oft ähnlich liegen, wie in jener Zeit, da der Burggraf von Nürnberg und der Bischof von Würzburg einen Vertrag darüber abschlossen, wie die für eine bestimmte Zukunft sicher — vorauszusehenden Judentrawalle ihrem beiderseitigen Geldbeutel nutzbar gemacht werden könnten. Die Ehre — die Zukunft Polens — erfordert heute gebieterischer denn je die Erfüllung des Wunsches Stefan Bathoris und seiner Hoffnung, daß „wenige Tage eines unabhängigen Staates genügen würden, um diesen Abschaum fortzuschwemmen". Bleibt es doch der Ruhm einiger Polenkönige, daß sie oftmals auch vor einem lawinenartigen Sturz der brutalsten Pogromonarchie, die ihren Einzug in das Land gehalten, nicht zurückschraken, und selbst in Gegensatz zu der Stimmung auf den Landtagen und im Senate gerieten. Daß sie, namentlich aber Jan Sobieski, trotz allem fest geblieben waren, verzeichnet die Geschichte als ihr unauslöschliches Verdienst, daß die dankbare Judenheit auch in zahlreichen Legenden, die noch in unsern Tagen in Galizien und Polen verbreitet sind, zu ehren wußte.

Es ist daher ein unbestreitbarer Rechtstitel, wenn die Polen von heute in ihrer Verteidigung sich auf die traditionelle Gastfreundschaft ihrer Heimat, die auch vielen Juden zur Heimat wurde, hinweisen. Ist etwa das generös gewährte Asylrecht mit Undank erwidert worden? Haben etwa die Polen schlechte Erfahrungen gemacht? Als Polen, das dem Abgrund des Nichtseins schon entgegeneilte, bereits in zwölfter Stunde in einem gewaltigen Aufgebot seiner Kräfte noch einmal dem Geschick in die Arme fallen, das Rad der Geschichte wenden wollte, und sich unter Führung Kosciuszkos zum letzten Widerstand aufraffte, da brachte diejenige Schicht der jüdischen Bevölkerung, die durch ihre soziale Lage mit dem Lande inniger verbunden war in dieser tragischen Stunde Polen gewissermaßen den letzten Zoll der Dankbarkeit dar. In der Armee Kosciuszkos kämpfte unter dem schwärmerischen Berek Joselewicz eine jüdische Legion, die mit den vom Nationalrate vorgestreckten 3000 Gulden und einigen privaten Beiträgen ausgestattet worden war. Sie zeichnete sich besonders bei dem Sturme der Russen auf die Festung Praga aus, und Kosciuszko selbst, gerührt von der patriotischen Treue dieser Juden, welche „die Erde, auf der sie geboren, niemals vergessen haben", verhieß ihnen als Lohn für ihren Heldenmut die Gleichberechtigung. Als später die Pariser Julirevolution die Fackel des Novemberaufstandes des Jahres 1830/31 entzündete, da erschwerte freilich die polnische Regierung den Juden den Zutritt zur Armee, um ihnen eine moralische Berechtigung mehr zur Emanzipation zu nehmen. Aber schon kurz nach Ausbruch der Bewegung unterbreitete einer der „Altgläubigen", Sinai Hernisch, im Namen der jüdischen Jugend, dem Diktator Chlopicki den Vorschlag, eine jüdische Legion zu bilden, um dem Vaterlande in seinem Kampfe beizustehen, und Josef Berkowitcz, Sohn des Berek Joselewicz, ahmte das Vorbild seines Vaters nach und richtete an die Juden einen flammenden Aufruf zum Eintritt in die Reihen der Kämpfer für die Freiheit und Unabhängigkeit Polens. Als dann am 8. September 1831 Warschau dem russischen General Paskewitcz in die Hände fiel, der Aufstand erstickt war und der Strom der Emigration nach dem Auslande einsetzte, da befanden sich unter ihr auch Juden, wie Sinai Hernisch, Leon Holländerski, der eine Schrift „Les israélites de Pologne" herausgab, und Ludwig Lubliner, der Verfasser von „Des Juifs en Pologne". Beide großen polnischen politischen Parteien, sowohl die „Weißen" als auch die „Roten", waren nun darin einig, daß die bisherige Auffassung von der Judenfrage einer gründlichen Revision unterzogen werden müßte, und die Zurückstoßung der Juden ein schwerer politischer Fehler gewesen sei. Damals, 1832, verfaßte der Historiker Joachim Lelewel, der Führer der „Roten", sein berühmtes Manifest „An das israelitische Volk", in welchem er die Juden ermahnte, alle die ihnen durch die Polen zugefügte Unbill zu vergessen in Erinnerung an die glücklichen Zeiten, welche sie in diesem Lande verbracht, und in der Hoffnung, daß auch für sie die Stunde der Freiheit schlagen werde, die ihnen nicht etwa die „Wiener Pharaone" oder der „nordische Nebukadnezar", sondern ein freies Polen bringen werde. Auch an dem entsetzlichen Wechselläuten der Fesseln, das auf der langen, von Pein und Leid gesättigten „Wladimirka" erscholl, als die zarische Autokratie, mit dem Aufstand von 1863 fertig geworden, Tausende von Kämpfern nach den weiten Gefilden Sibiriens trieb, hatten die Juden einen reichen Anteil und besiegelten auf diese Weise ihr Schicksal mit dem Schicksal des zu Boden geworfenen Polens.

Das lehrt die Geschichte der polnisch-jüdischen Beziehungen. Die Polen von heute aber sollten sich nicht nur auf die Verdienste ihrer Ahnen berufen und sich mit ihren Lorbeeren zu schmücken suchen. Es gilt, ihr Werk fortzusetzen, im eigenen Interesse Polens, und auch der großen Zeit Rechnung zu tragen. Wir leben in einer Sturm- und Drangepoche, die nicht nur wie einst die französische Revolution, die Droits de l'homme et du Citoyen, sondern das Recht der Völker auf Selbstbestimmung auf ihre Fahne geheftet hat; was aber den Polen recht ist, muß den Juden billig sein. Die polnischen Führer sollten eben ihre von altererbten Vorurteilen belastete Taktik aufgeben und die Judenfrage nicht nach dem Schema aus den Zeiten ihrer Konsistorialverfassung zu lösen trachten, das seither zum unentbehrlichen Vokabelschatz aller polnischen Reformaktionen geworden ist und verlangt, daß die Gleichberechtigung der Juden an die Voraussetzung ihrer nationalen Entäußerung geknüpft werde. Nehmen doch selbst ernste Polen, die sog. „Polen jüdischen Bekenntnisses", die Herren Natanson, Dickstein und Konsorten nicht ernst, die seinerzeit zu Stolypin, dem Würger aller russischen Völker, nach Petersburg pilgerten, um ihn zu beschwören, den Juden Polens keine Autonomierechte zu oktroyieren, und die neulich auch einen Bittgang, diesmal natürlich nach Paris, unternahmen, wo der Servilismus sich aber eine kräftige Schlappe zugezogen hat. Diese Herren aus der jüdischen haute finance haben ihre „nationale Frage" durch — Einheirat in polnische Familien — gelöst und vermeinen, daß die nationale Frage des jüdischen Volkes sich ebenso schmerzlos aus der Welt schaffen läßt! Polnischer Weitblick sollte nun die jüdischen Narren eines besseren belehren: die nationalen Rechte sind heute eine Elementarforderung, die nichts verhindern kann, sich durchzusetzen. Und auf der andern Seite bilden sie keinesfalls die Gefahr eines Staates im Staate, vielmehr sind sie geeignet, dem nationalistischen Hader die Spitze abzubrechen und einen Ausgleich herbeizuführen, unter welchem Polen erst gedeihen und sein Stern erstrahlen wird.

Noch ist es vielleicht nicht zu spät, dem blutigen Pogromstrom Einhalt zu gebieten, der sich über ganz Polen ergoß. Heute, da es seine Einheit und Unabhängigkeit schmiedet, was zieht denn Polen vor: durch Toleranz und Gerechtigkeit jüdische Mitbürger zu erziehen, die ihrer eigenen nationalen Kultur ergeben, auch dem Lande ihre Treue und Liebe bewahrten, wie der Rabbiner Meisels, von dem ein Zeitgenosse sagte, daß „auf seine Wangen Röte tritt, wenn er von Krakau, dem alten Sitze der polnischen Könige, spricht", oder soll auch in der Zukunft im neuen Polen, der Jude, wie jener Held in „Mendel Gdanski" der polnischen Dichterin Maria Konopnicka, als das Ergebnis seines ganzen Lebens aussprechen: „Mein Herz hat sich von dieser Stadt abgewendet"? Und ist vollends Polen innerlich dermaßen aufgerichtet und mächtig, daß es sich nicht mehr um das Urteil der Welt zu kümmern braucht, die doch keine Wahl ist für das einfache Bekenntnis eines Georg Brandes: „Mit Wehmut und ohne irgend einen Skrupel zu gewärtigen, schließe ich mich dem Proteste gegen die Judenpogrome in Polen und Galizien an. Jede Hoffnung, die derjenige, der 30 Jahre lang Fürsprecher für Polens Unabhängigkeit war, auf die Polen als ein humanes und freiheitliches Volk setzte, ist nun zusammengebrochen.

Palästina als Rohstoffgebiet.

Die Handelsbeilage der Londoner „Times" beschäftigte sich vor einiger Zeit mit den wirtschaftlichen Aussichten Palästinas. Nach einer eingehenderen Besprechung der noch vorhandenen landwirtschaftlichen Möglichkeiten, verweist der Artikelschreiber auf die im Lande befindlichen organischen und mineralen Rohstoffe. Zunächst wird festgestellt, daß das Land bedeutende Mengen feinstes Olivenöl erzeugt und daß dieses Oel außer zu Speisezwecken und für den Export auch noch zur Fabrikation vorzüglicher Waschseifen verwendet wird, welche in Friedenszeiten in Aegypten einen guten Markt fanden und hie und da auch nach Europa gelangten. Da der Preis der Seife und des Oels in normalen Zeiten ein sehr mäßiger ist, besteht die